

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 26.07.2012 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther (bis 19.00 Uhr, Ziffer 8)
Stadtrat Lorenz
Stadtrat Marstaller
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (ab 17.50 Uhr, Ziffer 6) (ohne Ziffer 15)
Stadträtin Schwab (ab 17.20 Uhr, Ziffer 3)
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadträtin Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Freitag (bis 19.00 Uhr, Ziffer 8 D)
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck
Stadtrat Popp (bis Ziffer 14)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt (ab 17.15 Uhr, Ziffer 3)

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May (ohne Ziffer 15)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berichterstatter:

Oberrechtsrätin Schmöger
Verwaltungsrat Hartner
Stadtkämmerer Weber
Bauamtsleiter Graumann
Stadtplaner Fischer (Ziffer 8)
Herr Riem (Klinik Kitzinger Land) (Ziffer 3)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellte Schlier

Entschuldigt fehlen: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Wachter
Stadtrat E. Müller
Stadtrat Rank
Stadtrat Haag
Ortssprecher Pfrenzinger
Stadtrat Freitag (ab 19.00 Uhr, Ziffer 9)
Stadträtin Schwab (bis 17.20 Uhr, Ziffer 3)
Stadtrat Moser (bis 17.50, Ziffer 6)

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Niederlegung des Stadtratsmandats durch Erwin Müller aus gesundheitlichen Gründen

Mit 23 : 0 Stimmen

Dem Antrag von Herrn Erwin Müller vom 13.06.2012 auf Niederlegung seines Ehrenamtes wird mit sofortiger Wirkung stattgegeben.

Die gesundheitlichen Gründe werden als wichtiger Grund im Sinne des Art. 19 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) anerkannt.

2. Vereidigung von Herrn Manfred Marstaller (USW) als Stadtrat

Oberbürgermeister Müller bittet Herrn Manfred Marstaller nach vorne und nimmt ihm die Eidesformel nach Art. 31 Abs. 4. GO ab.

3. Erweiterung, Umbau und Sanierung des Klinikgebäudes Kitzingen; hier: Einleitungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 "Wilhelmsberg Kitzingen" im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB

- A. Auf Nachfrage von Stadtrat Steinruck erklärt Herr Riem (Klinik Kitzinger Land) ausführlich die geplante Parkplatzsituation. Weiter erklärt Bauamtsleiter Graumann, dass das vereinfachte Verfahren auf Grund der zügigen Einbringung des Planungsrechtes angestrebt werde.

Stadträtin Richter und Stadtrat Müller stellen den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 21 : 5 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter und Stadtrat Müller wird stattgegeben.

- C. Stadtrat Popp erfragt die Vor- und Nachteile des beschleunigten Verfahrens. Bauamts-

leiter Graumann erläutert, dass der Umweltbericht im beschleunigten Verfahren wegfallen. Nachteile sehe er keine.

D. Mit 25 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 40 „Wilhelmsberg Kitzingen“ nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB zu ändern (1. Änderung).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte einzuleiten.

4. Vergabe des Auftrags zur Erstellung des Kitzinger Amtsblattes

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt erklärt, dass die Fraktion dem Beschlussentwurf der Verwaltung mehrheitlich zustimmt.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab informiert, dass sie ebenfalls mehrheitlich zustimmen werden.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos informiert über die mehrheitliche Zustimmung, plädiert aber für eine Befristung auf zwei Jahre.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stimmt dem zu, hätte sich aber für eine Befristung auf ein Jahr entschieden.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof kann die Zustimmung der Kollegen/innen nicht nachvollziehen, da trotz der Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung, eine Vorstellung über den redaktionellen Ablauf, die genauen Kosten sowie den Arbeitsaufwand, der durch die Verwaltung gestemmt werden muss, nicht klar definiert sei. Daher werde der Beschluss von Seiten der KIK-Fraktion abgelehnt.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ebenfalls die Ablehnung bekannt, da die Tageszeitungen ausreichen sollten. Insbesondere kritisiert sie die geplanten Werbeanzeigen in dem Mitteilungsblatt sowie den Arbeitsaufwand der Verwaltung.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm schließt sich der Meinung seiner Vorrednerin an.

B. Mit 17 : 9 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt der Auftragsvergabe an Herrn Volkmar Röhrig zur Erstellung eines Mitteilungsblattes mit amtlichem Teil zu. Die Herausgabe ist zunächst auf zwei Jahre befristet.

3. Die entsprechenden Mittel i. H. v. 8.000 €, werden außerplanmäßig im Haushalt 2012 auf der Hhst. 0000.6530 bereitgestellt.

5. Bau der Nordtangente BA IIIb.

Umbau der bestehenden höhengleichen Kreuzung Nordtangente / St 2271 zu einer höhenfreien Kreuzung;

hier: Auftragsvergabe Bau der Brücke, Tiefbau- und Erdarbeiten für Straßen- und Kanalbau gemäß VOB/A

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt erklärt, die UsW-Fraktion werde mehrheitlich zustimmen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab stimmt zu.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Mahlmeister erklärt, dass die SPD-Fraktion mehrheitlich ablehnen werde.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stimmt zu, bittet aber dringend um Beachtung, die Durchfahrts-
höhe für Schwertransporte zu ermöglichen.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof informiert über eine individuelle Abstimmung. Er hält es nicht für sinnvoll, dass die Stadt Kitzingen in Sonderbaulast Maßnahmen umsetzt.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt hält ebenfalls die Situation der Sonderbaulast für kritisch, wird aber auf Grund der aktuellen, nicht änderbaren Situation zustimmen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm stimmt dem Beschluss zu.

B. Mit 19 : 7 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Auftrag für den Bau der Brücke, Tiefbau- und Erdarbeiten für Straßen- und Kanalbau wird auf Grundlage des Angebotes vom 11.06.2012 an die Fa. Glöckle Hoch- und Tiefbau GmbH, mit einer Auftragssumme in Höhe von brutto 1.973.708,89 €, vergeben. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt ein entsprechendes Auftrags-schreiben zu unterzeichnen.

C. Stadträtin Glos gibt zu Protokoll, nicht grundsätzlich gegen die Auftragsvergabe zu sein, sondern einer Beauftragung an diese Firma nicht zustimmen werde.

Stadträtin Richter schließt sich dem an.

6. Verkehrsplanung, Ertüchtigung von Lichtsignalanlagen für den Verkehrsrechner Kitzingen; Modernisierung von 3 Lichtsignalanlagen an der Nordtangente BA II in Kitzingen
hier: Auftragsvergabe nach beschränkter Ausschreibung gem. VOB/A

A. Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf die Sachlage ein und bittet das Gremium um Zustimmung. Nach anschließender längerer Diskussion, insbesondere zu bestimmten Ampelschaltungen im Stadtbereich und Beantwortung einiger Verständnisfragen stellt Stadträtin Richter den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 22 : 5 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter wird stattgegeben.

C. Stadträtin Schmidt betont, dass ein Termin mit der Firma zur klaren Prioritätensetzung (Vorrang: Fußgänger/ Radfahrer/ Auto) der Stadt Kitzingen zwingend erforderlich sei. Oberbürgermeister Müller stellt klar, dass der Verkehrsrechner eine Testphase beinhaltet, nach der die Feinheiten nach den Erfahrungswerten angeglichen werden können. Nach weiteren Kritikpunkten zu den bestehenden Lichtsignalanlagen, insbesondere bezüglich der bevorstehenden Kosten, die durch die Ertüchtigung entstehen werden, macht sich dennoch eine klare Tendenz zur Befürwortung des Verkehrsrechners bemerkbar. Auf die Stellungnahmen der Fraktion wird auf Grund der ausführlichen Diskussion verzichtet.

E. Mit 20 : 7 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Modernisierung von 3 Lichtsignalanlagen an der Nordtangente BA II wird auf Grundlage des Angebotes vom 25.06.2012 an die Fa. Swarco Trafficsystems GmbH, 96199 Zapfendorf zum geprüften Angebotspreis von 127.403,48 € brutto vergeben.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragschreiben zu unterzeichnen und einen Wartungsvertrag mit der Fa. Swarco Trafficsystems GmbH, München über die Laufzeit von 5 Jahren abzuschließen.

7. Neubau Feuerwehrgerätehaus Hoheim

A. Oberbürgermeister Müller geht ausführlich auf die Sachlage ein und übergibt das Wort an die Feuerwehrreferentin Richter. Stadträtin Richter bittet das Gremium um Zustimmung. Stadträtin Wallrapp informiert über die Zustimmung des Beschlussentwurfes von Ortssprecher Pfenzinger aus Hoheim.

B. Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Projekt „Feuerwehrgerätehaus Hoheim“ wird gemäß der aufgeführten Planungsansätze umgesetzt:

- a. Abbruch des alten Wirtschaftsgebäudes
 - b. Neubau des Feuerwehrgerätehauses (FLnr. 146/2) auf Grundlage des notwendigen Raumprogramms, zuzüglich eines Versammlungsraumes mit Nebenräumen
 - c. Ersatzneubau von Lagerflächen für den SV Hoheim
3. Die Realisierung der Maßnahme 2.a-c beläuft sich auf 620.000 €, und gliedert sich wie nachfolgend aufgestellt:
Kosten der Maßnahme 2.a.+b. = 600.000 € (Abriss und Neubau FW Gerätehaus)
Kosten der Maßnahme 2.c. = 20.000 € (Neubau Lagerflächen SV Hoheim)

Die unter der Haushaltsstelle 1300.9451 eingestellten Mittel, werden wie folgt angepasst:

- im Haushaltsjahr 2012 sind 20.000 € für Planungskosten der Lph 1-4 eingestellt
 - im Haushaltsjahr 2013 sind 300.000 € eingestellt, diese werden um 150.000 € auf 450.000 € erhöht
 - im Haushaltsjahr 2014 sind 300.000 € eingestellt, diese werden um 150.000 € auf 150.000 € reduziert
4. Die Leistungen der Objektplanung Lph. 1-4 HOAI (Grundlagenermittlung bis Genehmigungsplanung) werden durch das Sachgebiet Hochbau bearbeitet. Die Ergebnisse der Entwurfs-, sowie die Genehmigungsplanung (Lph 3-4) werden dem Stadtrat zur Zustimmung vorgelegt.

Die Ingenieuraufträge für die Bearbeitung der Lph. 5-9, werden im Rahmen der Zustimmung zur Genehmigungsplanung, auf Grundlage eines Vergabevorschlages, durch den Stadtrat extern vergeben.

8. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.09.2012
Beschlussvorlage zur Schaffung eines sicheren Fußgängerüberweges von der `Alten Mainbrücke´ in die Innenstadt
- A. Stadtplaner Fischer geht an Hand eines Planes der Überquerungsstelle an der Alten Mainbrücke ausführlich auf die geplante Maßnahme ein und beantwortet einige Verständnisfragen aus dem Gremium.
- B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:
- a) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt informiert über unterschiedliche Abstimmung innerhalb der Fraktion, da es differenzierte Meinungen zu der Planung gibt.
 - b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Moser dankt als Antragssteller der Verwaltung für die zügige Planung, würde aber eine Erweiterung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder für sinnvoll halten.
 - c) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Glos stimmt zu.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stimmt gegen den Beschlussentwurf, da dieser die Geschwindigkeit von Fahrradfahrern nicht reduzieren werde. Es würde auch genügen, die besagte Stelle farblich abzuheben.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof erklärt, dass bestimmte Ansichten Kitzingen identifizieren, so auch die der Alten Mainbrücke. Eine Umgestaltung des Stadtkernes ziehe eine gesamte Veränderung des Stadtbildes mit sich. Er als gebürtiger Kitzinger ist der Ansicht, dass die Stadt hierdurch an Charakter verlieren würde. Herr Christof fügt ergänzend hinzu, dass eine Stellungnahme des Stadtheimatpflegers dem Gremium vorgelegt werden hätte sollen. Des Weiteren hätten Alternativ-Lösungen vorgestellt werden können.

Aus diesen Gründen werde er der Maßnahme nicht zustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt lobt die Planungen der Verwaltung und freut sich, dass alle Verkehrsgruppen berücksichtigt wurden. Demnach werde sie zustimmen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm hält auf Grund des Unfallrisikos an dieser Stelle den Vorschlag der Verwaltung nicht für die richtige Lösung und wird deshalb dagegen stimmen.

h) „fraktionslos“

2. Bürgermeister May gefällt der Vorschlag und stimmt zu

C. Stadtrat Schmidt stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

D. Mit 15 : 11 Stimmen

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung von Stadtrat Schmidt wird abgestimmt.

E. Bürgermeister Christof fordert, die Stellungnahme des Stadtheimatpflegers Bilz zu verlesen oder nachzureichen.

F. Mit dem Antrag von Stadtrat Schmidt, namentlich abzustimmen, besteht Einverständnis, so dass Oberbürgermeister Müller die Stadträte einzeln nach ihrem Abstimmungsverhalten abfragt.

Stadtrat Ferenczy	Ja
Stadtrat Günther	Nein
Stadtrat Lorenz	Ja
Stadtrat Marstaller	Ja
Stadtrat M. Müller	Ja
Stadträtin Richter	Nein
Stadtrat Schmidt	Nein
Stadtrat Moser	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Stiller	Ja
Stadträtin Stocker	Ja
Stadtrat Weiglein	Ja
Stadtrat Heisel	Ja
Stadträtin Glos	Ja

Stadträtin Kahnt	Ja
Stadträtin Mahlmeister	Ja
Stadtrat Freitag	Nein
Stadträtin Wallrapp	Nein
Bürgermeister Christof	Nein
Stadtrat Steinruck	Nein
Stadtrat Popp	Nein
Stadtrat Pauluhn	Ja
Stadträtin Schmidt	Ja
Stadtrat Böhm	Nein
Stadtrat Schardt	Nein
2. Bürgermeister May	Ja
Oberbürgermeister Müller	Ja

G. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass folgender Beschluss mit **17 : 10 Stimmen** gefasst wurde:

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des vorgestellten Konzeptes entsprechend Anlage 1.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorgestellten Konzeptes die Ausführungsplanung zu erstellen und dem Stadtrat gemeinsam mit entsprechenden Beispielen zur Möblierung und Materialproben zur Entscheidung vorzulegen.

9. Bebauungsplan Nr. 104 "Sondergebiet Freizeit und Reitsport mit angegliedertem Wohnen und Tagungshotel":
hier: aktueller Verfahrensstand / erneute Offenlage

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt informiert über getrennte Abstimmung innerhalb der Fraktion, da das Wohnen im Bebauungsplan-Entwurf seinerzeit so nicht vorgesehen war und es keine Grundlage gebe, jetzt allgemeines Wohnen zuzulassen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser gibt die geschlossene Zustimmung der Fraktion bekannt und hofft auf Zustimmung aus dem Gremium zur Unterstützung Kitzinger Investoren.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos erklärt, dass einige Maßnahmen zu ergreifen seien und die fehlende Infrastruktur entsprechend aufzubauen sei. Auf Grund der gegebenen Situation sowie dem Wunsch der Heilung und dem Klärungsinteresse des Eigentümers werde die Fraktion dem Beschlussentwurf zustimmen.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt die Ablehnung des Beschlussentwurfes. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, eine Freizeit- und Reitsportanlage mit Wohnen für Betriebsangehörige und Inhaber, Seminare und Feriengäste zu schaffen. Eine Wohnanlage mit Mietwohnungen war seitens der Stadt nicht gewollt.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof erinnert an den gestellten Antrag aus der Finanzausschuss-sitzung zur Übersendung des fehlenden Umweltberichtes und die ungeklärte Frage, wer den Schaden produziert hat, das Verfahren wiederholen zu müssen. Oberbür-germeister Müller erklärt, dass die Verantwortlichkeiten des gesamten Verfahrens dem Investor obliegen. Bürgermeister Christof bemängelt außerdem, dass die For-derung an die Verwaltung, das Band aus der Sitzung zu prüfen, um die korrekte Sachlage (ungeklärte Ausweisung im Plan) zu erkennen, nicht umgesetzt wurde. Aus diesen Gründen könne er dem Verfahren nicht zustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt informiert über eine unterschiedliche Abstimmung und kritisiert die ursprüngliche Entscheidung, die unter Zeitdruck herbeigeführt wurde.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm stellt fest, dass seinerzeit anders entschieden wurde, erkennt aber den Zwiespalt. Auf Grund der misslichen Lage der Eigentümer informiert er über die Zustimmung aus der Gruppe.

h) „fraktionslos“

2. Bürgermeister May dankt dem Investor und gibt die Zustimmung bekannt.

B. Mit 17 : 9 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der beigefügte Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 104 „Sondergebiet Freizeit und Reitsport mit angegliedertem Wohnen und Tagungshotel“ mit zeichnerischem Teil und planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan, jeweils in der Fassung vom 07.05.2012 wird erneut gebilligt.

3. Der gebilligte Planentwurf wird nach § 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt. Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4a Abs. 3 BauGB erneut beteiligt und nach § 3 Abs. 2 Satz 3 von der erneuten öffentlichen Auslegung benachrichtigt. Stellungnah-men dürfen nur noch zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Planentwurfs vorgebracht werden.

10. Bau der Nordtangente BA I - Passiver Lärmschutz,

Erstattungsvereinbarungen mit den Eigentümern der betroffenen Gebäude/Wohnungen

A. Oberbürgermeister Müller erklärt den Beschlussentwurf und bittet um die Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Abwicklung erforderlicher Erstattungsvereinbarungen.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt erklärt, die Mehrheit der Fraktion werde zustimmen, dennoch ist er der Ansicht, dass kein Zeitdruck und somit kein Grund bestehe, die Geschäftsord-nung nicht regulär einzuhalten.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser spricht Vertrauen gegenüber dem Oberbürgermeister aus und stimmt dem zu.

- c) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Glos stimmt dem zu, bittet aber um Zwischenberichte über den Sachstand.
- d) FW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp stimmt nicht zu.
- e) KIK-Stadtratsfraktion:
Bürgermeister Christof kritisiert, dass die Lärmprognosen nicht spezifiziert seien. Des Weiteren hält er es nicht für richtig, Bürgern durch eine solche Vereinbarung Rechte gegen künftige Lärmzuwächse zu nehmen. Oberrechtsrätin Schmöger betont, dass diese Vereinbarung sich ausschließlich auf die im aktuellen Planfeststellungsbeschluss getroffenen Aussagen beziehe. Sollte eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses erfolgen, wären diese Forderungen nicht mehr abschließend. Bürgermeister Christof fordert den Satz zu den weitergehenden Ansprüchen gegen die Stadt Kitzingen unter § 5 der Vereinbarung zu streichen.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stimmt zu.
- g) ProKT-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Böhm erklärt, ProKT werde getrennt abstimmen.
- h) „fraktionslos“
2. Bürgermeister May stimmt zu.

C. Mit 17 : 8 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die im Zuge der Abwicklung des passiven Lärmschutzes erforderlichen Erstattungsvereinbarungen, auch wenn diese die Zuständigkeit von 8.000 € gem. Geschäftsordnung der Stadt Kitzingen übersteigen, mit den jeweiligen Eigentümern abzuschließen. Die Vereinbarungen sind auf Grundlage der rechtlichen Verpflichtungen aus dem Planfeststellungsbeschluss der Nordtangente BA I vom 16.12.2003 aufzustellen. Der Stadtrat wird über den Stand der abgeschlossenen Vereinbarungen quartalsmäßig informiert.

D. Stadtrat Pauluhn gibt zu Protokoll, dass er nicht grundsätzlich gegen den Beschluss ist, aber dafür gewesen wäre, wenn der Satz zu den weitergehenden Ansprüchen unter § 5 der Vereinbarung – wie von Bgm. Christof vorgeschlagen – gestrichen worden wäre.

11. Umsetzung des BayKiBiG in der Stadt Kitzingen Örtliche Bedarfsplanung 2012 (nach Art. 7 BayKiBiG)

- A. Verwaltungsrat Hartner erklärt ausführlich die Grundlagen und geht auf einige Verständnisfragen aus dem Gremium ein.
Stadträtin Stocker betont die Wichtigkeit der Kinderbetreuung und bittet daher um Zustimmung aus dem Gremium.
Stadtrat Stiller und Stadträtin Wallrapp schlagen vor, gegebenenfalls bei weiterem Rückgang der Geburtenstatistik, einen Zusammenschluss zweier Kindergärten zu berücksichtigen. Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass dem bei künftigen Veränderungen

nachgegangen werde.

Stadtrat Popp möchte wissen, ob Doppel-Anmeldungen bei Bedarfsermittlungen berücksichtigt werden. Verwaltungsrat Hartner bestätigt, dass es Absprachen zwischen Einrichtungen gibt, die demselben Träger angehören. Es wäre aber auch sinnvoll, wenn die Träger sich abstimmen würden.

B. Mit 25 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen stellt einen Bedarf an **820** Kinderbetreuungsplätzen fest, davon 150 Plätze für Kinder unter 3 Jahren.
 2. Vorliegende „Örtliche Bedarfsplanung 2012“ vom 26.06.2012 wird genehmigt.
 3. Alle bisher anerkannten Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen – siehe „Örtliche Bedarfsplanung 2012 Nr. 1 Bestand: Gesamtsumme = 811 (785 Kindergartenplätze plus 26 BRK-Krippe)“ sind weiter unbefristet als bedarfsnotwendig anerkannt, ein Anlass auf Rücknahmeprüfung besteht nicht.
Zur Kenntnisnahme: Die Anerkennung der 50 Hortplätze ist auf den Standort Marshall-Heights und bis 31.08.2013 befristet.
 4. Die Stadt Kitzingen behält sich vor, bei erheblichen Veränderungen im Gesamt-Platzbedarf dies zu prüfen und neu über die anzuerkennenden Plätze zu entscheiden.
12. Errichtung von Krippenplätzen im Kindergarten "Sonnenschein" der Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- A. Verwaltungsrat Hartner erklärt ausführlich die Sachlage.
Stadtkämmerer Weber geht auf die finanziellen Möglichkeiten ein.
Stadtrat Pauluhn befürchtet, dass durch eine Zustimmung für die AWO, künftig stetig weitere Anträge eingehen werden. Hier müsse eine Strategie gefunden werden. Er hält es für sinnvoller, einen Grundsatzbeschluss zu fassen.
Verwaltungsrat Hartner betont, dass es nicht um die AWO im Speziellen ginge, sondern die Familien im Vordergrund stehen sollten.
Stadträtin Glos sieht die Dringlichkeit der Krippenplätze und spricht sich trotz der finanziellen Belastungen für die Umsetzung aus.
Stadträtin Richter erfragt, ob durch die Stadt ein Defizit übernommen werden müsse.
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die AWO vorgeschlagen habe, durch die Erweiterung und damit verbundenen erhöhten Beiträge, das Defizit auszugleichen. Von der Stadt wurde die Zusage zur Übernahme des Defizits nicht getätigt. Jedoch müsse die AWO im Falle einer Ablehnung der Krippenplätze, die Trägerschaft abgeben.
Stadträtin Richter sieht dies kritisch, da es in dem Anschreiben so formuliert war, dass die Stadt das Defizit übernehmen und in einer Vereinbarung niedergeschrieben werden solle. Daraufhin erklärt Verwaltungsrat Hartner, dass hiervon im Telefonat mit den Verantwortlichen nicht die Rede war und er das Anschreiben nicht kenne.
Oberbürgermeister Müller betont eindringlich, wie wichtig diese Zustimmung auf Grund der Förderung, des Bedarfs und der Unterstützung der Familien sei.
Stadträtin Richter kritisiert dennoch, dass das Thema Defizit-Ausgleich nicht geklärt ist.
Stadträtin Wallrapp wird dafür stimmen, weil der Bedarf vorhanden ist, dennoch schließt sie sich ihrer Vorrednerin an und hätte sich gewünscht, dass das vorher geklärt wird.
Stadtrat Weiglein stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 14 : 11 Stimmen

Dem Antrag von Stadtrat Weiglein auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

- C. Stadträtin Schmidt schlägt vor, bei der AWO anzufragen, ob es möglich wäre, dass nur Krippenplätze angeboten werden, da in Kitzingen auch ein Überschuss an Kindergartenplätzen besteht.

Stadtrat Moser stimmt dem Vorhaben stellvertretend für die CSU-Fraktion zu.

D. Mit 19 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Kindergarten „Sonnenschein“ wird um einen Anbau für 14 Krippenplätze erweitert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote von Fachplanern einzuholen.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Aufträge zu erteilen.
5. Für die Planung werden in 2012 50.000 €, für die Baukosten in 2013 550.000 € bereitgestellt.

13. Schließung der Deusterhalle und Verlagerung des Schulsportbetriebs in den Innopark

- A. Verwaltungsrat Hartner informiert über alternative Kapazitäten in der Halle des TSV Hohenfeld und Innopark und deren Vor- bzw. Nachteile. Die Empfehlung der Verwaltung wird die Halle im Innopark sein, da die Kosten inklusive Anfahrt günstiger seien. Auch aus pädagogischer Sicht sei es sinnvoller, den Sport auf Grund der zeitsparenden Anfahrt in den Innopark zu verlegen. Dies sehen die Schulleitungen sowie die Leiterin des Schulamtes als besonders wichtiges Argument.
Stadtrat Marstaller erläutert in seiner Funktion als Sportreferent ausdrücklich die Wichtigkeit des Sportunterrichts an Schulen, schließt sich der Meinung der Verwaltung an und hofft auf eine zügige Umsetzung.

B. Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Aufgrund der notwendigen Sperrung der Deusterhalle wird der Schulsport in die Sporthalle im Innopark verlagert.
3. Die Verwaltung wird die hierfür notwendigen Maßnahmen treffen.

14. Turnhalle im Deusterpark, hier: Antrag der CSU-Fraktion vom 06.03.2012 - Sanierung oder Neubau der Deuster-Sporthalle auf dem Deustergelände -

- A. Oberbürgermeister Müller erklärt die Situation und bittet um Zustimmung zur Auftragsvergabe.

Stadtrat Moser begründet den Antrag der CSU.

Stadtrat Pauluhn stimmt dem Beschluss grundsätzlich zu, fordert aber Punkt 3 - Auftragsvergabe wie üblich nichtöffentlich zu behandeln, da er der Ansicht ist, dass für spezielle Bereiche (hier: Veranstaltungshalle) Fachplanungsbüros hinzugezogen werden sollten, die in diesem Bereich Erfahrung haben. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass bereits ein Auftrag mit der Sanierung der DPE-Schule vergeben worden sei.

Daraufhin stellt Stadtrat Pauluhn den Antrag, den Beschluss vom 13.12.2007 aufzuheben und Punkt 3 entsprechend der Beauftragung eines geeigneten Fachplanungsbüros zu ändern.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass das besagte Architekturbüro bereits am bestehenden Gebäude einen Planungsauftrag hat und die Beauftragung aus Dringlichkeitsgründen vorteilhaft wäre.

Stadtrat Pauluhn spricht sich gegen eine Vergabe unter Zeitdruck aus.

Oberbürgermeister Müller erklärt, die Verwaltung werde prüfen, ob der Sanierungsauftrag rückgängig gemacht werden kann, um den Auftrag zu teilen und somit an Büro A die Sanierung und Büro B den Neubau der Stadthalle zu vergeben.

Bauamtsleiter Graumann möchte das nicht weiter verkomplizieren. In dieser Vorlage ginge es erst einmal darum, dass das Planungsbüro zeitnah eine Grundlage (Kostensatz, Sanierungsmöglichkeiten) erstellt, welche von der Stadt als Basis für die weiteren Entscheidungen verwendet werden kann.

Stadträtin Wallrapp fordert einen Kostenvoranschlag für die Sanierung. Ansonsten kann sie dem nicht zustimmen.

Bürgermeister Christof erinnert an die Anträge der KIK-Fraktion aus dem vergangenen Jahr. Er fordert einen Grundsatzbeschluss, da die Mittel für Planungen eingespart werden können, wenn das Gremium sich gegen eine Maßnahme entscheiden würde.

Bauamtsleiter Graumann macht deutlich, wie dringend die aktuelle Situation ist, dass es aber erst einmal nur um die Sporthalle gehe. Bei dem Aufwand, den einige Mitglieder des Gremiums fordern, warnt er vor den bevorstehenden Kosten.

Stadtrat Steinruck möchte ebenfalls eine Grundsatzdiskussion, welche Variante der Stadtrat überhaupt wünscht.

Stadtrat Schmidt ist der Ansicht, dass die Kostenschätzungen auch durch das Bauamt erstellt werden könnten.

Oberbürgermeister Müller unterbricht auf Grund des zeitlichen Druckes den Tagesordnungspunkt und nimmt die Entscheidung von der Tagesordnung. Es besteht Einverständnis zur Behandlung und Entscheidung nach der Sommerpause.

B. Ohne Abstimmung

15. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB: Nr. V.100 "Ehemaliges Munitionsdepot Klosterforst"

A. Bürgermeister Christof kritisiert, dass jegliche Nutzung abgesehen von Solar untersagt worden sei.

Bauamtsleiter Graumann korrigiert, dass dies nicht der Fall ist. Die Nutzung ist entsprechend der Angaben des Vorhabenträgers benannt worden. Das heißt: Photovoltaik-Dachanlage, Lagerzwecke in Bunkerräumen sowie auf Freiflächen.

B. Mit 18 : 4 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 12 BauGB für das Areal des ehemaligen Munitionsdepots im Klosterforst entsprechend des Antrags der hoch.rein Immobilienverwaltung Kitzingen Klosterforst

GmbH vom 31.05.2012 mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes.

3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines Durchführungsvertrages gemäß § 12 Abs. 1 BauGB sowie der Einleitung der weiteren Verfahrensschritte beauftragt.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführerin